



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 01.10.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
06108 Halle,

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:08 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Frau Schmidt
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 19:23 Uhr
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Frau Dr. Burkert
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 19:45 Uhr
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme bis 19:57 Uhr
Heidemarie Klein	Sachkundige Einwohnerin
Friedrich Lembergt	Sachkundiger Einwohner
Willi Preuk	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:50 Uhr
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 19:48 Uhr
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent, Leiter Dienstleistungszentrum Integration
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Christian Zeigermann	Leiter Abteilung Hochbau Schulen
Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schulen
Heike Rittwage	Leiterin Team Schule, Kita, Sport
Lisa Paatzsch	Protokollführerin

Gäste

Jörg Siebenhüner
Dr. Uta Bentke
Christian Günther
Jan Riedel

Geschäftsführer IT-Consult Halle GmbH
LISA Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung
LISA Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung
Schulleiter Neues Städtisches Gymnasium

Entschuldigt fehlten:

Claudia Schmidt
Rebecca Plassa
Dr. Silke Burkert

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde eröffnet und geleitet vom Ausschussvorsitzenden, **Herrn Andreas Schachtschneider**. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider schlug vor, die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 zu tauschen und bat um Abstimmung des Vorschlags.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Frau Ranft schlug vor, den TOP 4.3 vor dem TOP 4.2 zu behandeln.

Herr Schachtschneider bat um Abstimmung des Vorschlags.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Schachtschneider bat um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.09.2019
4. Beschlussvorlagen

- 4.1. Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00169
- 4.1.1. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00244
- 4.1.2. Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER & Die PARTEI zur Beschlussvorlage „Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)“ (VII/2019/00169)
Vorlage: VII/2019/00417
- Behandlung TOP 4.3
- 4.2. IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05270
- 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VI/2019/05273
- 4.2.2. Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00273
- 4.2.2.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (MitBürger & Die PARTEI) (VII/2019/00273) zur Beschlussvorlage IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) (VI/2019/05270)
Vorlage: VII/2019/00280
- 4.2.3. Änderungsantragsantrag der SPD-Fraktion zu IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00423
- 4.3. Beschluss der Vorzugsvariante – Errichtung von Pausenhöfen in den Innenhöfen 1 und 3 des „Neuen städtischen Gymnasiums“
Vorlage: VII/2019/00341
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Auswertung der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2019/20
- 7.2. Schuljahresanfangsstatistik 2019/20
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. mündliche Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand Schülerratspreis

9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.09.2019

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 03.09.2019, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00169**

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00244**

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER & Die PARTEI zur Beschlussvorlage „Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)“ (VII/2019/00169)
Vorlage: VII/2019/00417**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll gefertigt.

Herr Schachtschneider

Dann kommen wir zu den Beschlussvorlagen. Und zwar den Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale), einschließlich der Änderungsanträge 4.1.1 der Fraktion Hauptsache Halle, 4.1.2 Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER & Die PARTEI. Gibt es seitens der Verwaltung noch was einzuführen oder möchte Verwaltung dann noch? Dann würde ich gleich die Diskussion eröffnen.

Frau Brederlow

Wenn es noch mal gewünscht ist. Im Stadtrat ist es eingebracht worden, wenn aber nochmal gewünscht ist, dass es eingebracht wird, können wir das natürlich tun.

Herr Schachtschneider

Ich sehe keinen Wunsch. Dann ist die Diskussion eröffnet. Ich hätte mir ja gewünscht, dass Herr Preuk, Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Ich bin nur als Gast hier aber es ist ja ein Thema, was wir schon in vielen verschiedenen Gremien gehabt haben. Ja, dieser gemeinsame Änderungsantrag ist vor allem vor dem Hintergrund entstanden, dass wir die Schülervertreter anders wahr genommen haben, als

möglicherweise die Verwaltung in ihren Meinungsäußerungen, dass wir uns dann versucht haben, mit den Vorschlägen auch natürlich persönlich mit den Schülerinnen und Schülern auseinander zu setzen, die Vorschläge, die die gemacht haben, in den Antrag sozusagen zu packen und dann mit den anderen hier auf der Änderungsantragsliste stehenden Parteien und Gruppierungen abzustimmen. Und insofern ist aus unserer Sicht, das die geeignete Variante, dieses Jugendparlament einzuführen. Vielleicht noch 2 Sätze zum Inhaltlichen. Einerseits glauben wir, dass eben der Vorschlag der Stadtverwaltung eben nicht weitreichend genug ist, was Ressourcen betrifft, die die Jugendlichen brauchen, um eben auch wirklich dieser Art von Demokratie leben zu können und insofern finden wir, dass es auch mehr Personal- und Sachmittel geben muss. Insofern würde ich alle darum bitten, die jetzt noch nicht auf dem Antrag stehen, unserer Änderung zuzustimmen, damit wir einen guten Beschluss in dem Sinne haben.

Herr Schachtschneider

Herr Preuk.

Herr Preuk

Ich möchte auch nochmal den Änderungsantrag 4.1.2 unterstützen. So ist das Jugendparlament in einer Form, den der Stadtschülerrat und der Kinder- und Jugendrat gutheißen. Zusätzlich hätte ich noch Fragen an die Verwaltung. Es gab am 19.09. ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister, wo Schülersprecher und Schülersprecherinnen aus dieser Stadt eingeladen wurden. Es waren dann nicht so viele da, aber trotzdem ist da was rausgekommen und das Konzept sollte auch an die Schulen versendet werden, sodass die Schülerräte aller Schulen ihre Ideen einfließen lassen können. Da ist meine Frage, inwiefern gab es da Rückmeldungen und auch warum ist diese Einbindung nicht im Vorhinein, hat die nicht im Vorhinein stattgefunden?

Herr Schachtschneider

Mir wurde gerade gesagt, Herr Paulsen müsste darauf antworten. Herr Paulsen. Haben wir noch einen freien Platz. Da vorn bitte.

Herr Paulsen

Ja. Sehr verehrte Damen und Herren, wir freuen uns zunächst mal darüber, dass wir jetzt mit einem so konkreten Änderungsantrag in den konstruktiven Austausch gekommen sind. Grundsätzlich können wir als Verwaltung den Änderungsantrag mit tragen. Es wäre halt ein Punkt, den Sie in den Haushaltsberatungen nochmal vorbringen müssen, wo Sie selber im Zuge der Prioritätensetzung die Ressourcen, die Sie sich hier vorstellen, dann auch im Haushalt abbilden müssen. Zum Punkt der Verpflichtung des Oberbürgermeisters oder eines Oberbürgermeisters, die Belange als Beschlussvorlage einzubringen, dass das als Verpflichtung nicht funktioniert, ist glaube ich klar. Wir überlegen gerade, wie wir das sozusagen als freiwillige Verpflichtung des Oberbürgermeisters in das Konzept noch einarbeiten, dass diese Intention da auch aufgenommen wird. Also grundsätzlich auch für uns ein gangbarer Weg. Die Schülervertretung an den Schulen wurden von uns Ende vergangener Woche oder Anfang dieser Woche, ich weiß nicht genau, wann das Schreiben rausgegangen ist, angeschrieben. Wir haben das Konzept nochmal verschickt, auch nochmal an die Schulleitungen. Also, sowohl an die Schulleitungen als auch an die Schülervertretungen und haben um Diskussion in den Gremien bzw. in den Schulen und um Rückmeldung gebeten und hatten mit den Vertretern der Schulen, der Schülerinnen und Schüler im ersten Termin einen Folgetermin am 22. Oktober vereinbart. Wir haben angeboten, dass man uns eine Rückmeldung natürlich auch vorher schon geben kann, dass wir uns mit eingehenden Vorschlägen nochmal beschäftigen können, aber ansonsten verabredet, dass wir in der Sitzung nochmal diskutieren wollen. Wir haben also jetzt nochmal die Möglichkeit, parallel zu den Beratungen oder Impulsen hier, die natürlich auch in das Gespräch am 22. einfließen werden, nochmal eine Rückmeldung von Schülerinnen und Schülern zu erhalten, sodass wir zur Stadtratssitzung am 30.10. einen Gesamtüberblick

haben mit eventuellen Vorstellungen noch, die über das hinaus laufen, was in unserem Konzept ist bzw. was jetzt an Änderungsvorschlägen auf dem Tisch liegt.

Herr Schachtschneider

Herr Lange. Den habe ich dann übersehen aber danke für den Hinweis. Frau Ranft habe ich gesehen. Also Herr Lembert bitte.

Herr Lembert

Ja. Herzlichen Dank. Grundsätzlich finde ich es gut, dass sich die Stadt beim Thema Kinder- und Jugendpartizipation beteiligt. Das hat sie im Konzept ja auch ausgeführt, inwiefern das schon stattfindet und das ist im Prinzip, wäre es ganz interessant gewesen zu betrachten, in welchen Städten Kinder- und Jugendräte, Stadtschülerräte neben einem Jugendparlament existieren. Das ist beispielsweise in Erfurt nicht der Fall. Dort wurde das Jugendparlament damals eingeführt, weil es eben ein solches Gremium mit der Wirkmächtigkeit, die es in der Stadt Halle hat, mit dem Platz eines sachkundigen Einwohners im Jugendhilfe- und im Bildungsausschuss. Das gab es dort nicht und deshalb ist damals die Idee entstanden, ein Jugendparlament zu gründen. Dieses Konzept so, liest sich für mich ehrlich gesagt ein bisschen aktionistisch, weil ich nicht sehe, inwiefern diese 3 Gremien erfolgreich nebeneinander existieren sollen, denn als jemand, der selber in einer Parteijugend und auch in sonstigen Jugendvereinen aktiv ist, ist mir durchaus bekannt und bewusst, dass eben der Anteil an Jugendlichen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren, ein relativ überschaubarer Pool ist. So ehrlich muss man ja sein. Das heißt, ich befürchte, dass man am Ende mit diesem Jugendparlament neben Stadtschülerrat, Kinder- und Jugendrat hier eine Erwartungshaltung schafft, die Jugendliche auch ganz einfach nicht befriedigen können. So viel zur Vorrede. Deshalb hätte ich es ehrlicher gefunden, das erst im neuen Stadtrat zu besprechen. Insofern, das lässt sich aber jetzt nicht verhindern.

Diesen Änderungsantrag der vorgestern oder wann kam, finde ich grundsätzlich in seiner Richtung sehr klug, insbesondere die Punkte d) und e), da kann man sehr zustimmen, wäre ich tatsächlich sogar davon ausgegangen, dass das so stattfinden soll. Wo ich ehrlich gesagt ein bisschen unschlüssig bin, ist Team Ratsangelegenheiten. 0,5 Vollzeitäquivalente, jährliches Budget von 10.000 € plus noch eine Personalstelle. Bei Bekanntheit des Haushaltes frage ich mich ehrlich gesagt schon, wo das herkommen soll, denn das sind ja am Ende 70 bis 80.000 € schätze ich mal, die das noch mehr kostet und da frage ich mich, wo man das einsparen soll, insbesondere das jährliche Budget, sofern man weiterhin, ich meine das der HALLIANZ Jugendfond ja schon in eine sehr ähnliche Richtung geht. Da müsste man dann schauen, dass man vielleicht auch dafür sorgt, dass eben doppelte Antragstellungen nicht möglich sind, oder man da gewisse Regelungen schafft. Genau.

Herr Schachtschneider

Herr Lange, ich hoffe die Reihenfolge stimmt jetzt, oder waren Sie einer der Letzten? Gut, dann Herr Lange, dann Herr Schaper und dann Frau Ranft.

Herr Lange

Okay. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Also, ich finde es ja auch erstmal gut, dass die Vorlage jetzt wieder da ist und ich bin auch sehr dankbar, dass der Kinder- und Jugendrat gemeinsam mit dem Stadtschülerrat sich nochmal geäußert haben, wie sie das haben möchten, Herr Lembert wird sicherlich wissen, dass wir nicht beschließen können, dass es keine Schülerräte gibt, das schreibt uns das Gesetz vor. Und wenn die Jugendlichen und die Kinder des Kinder- und Jugendrates entschieden haben, dass sie ihre Struktur, die nochmal ganz anders funktioniert als das Jugendparlament, aufrechterhalten wollen, dann ist das etwas, was ich auch gerne respektiere. Wir haben ein langes Trauerspiel mit der Frage, wie bekommen wir denn das hin, dass dieses Jugendparlament auch eine gewisse Wirkmächtigkeit entfalten kann, sprich die Frage des Rederechts, sprich die Frage des Antragsrechts auch. Ich glaube, wir haben hier einen Weg gefunden, der gangbar ist. Im

Bürgerhaushalt machen wir das so, dass die Vorschläge, die da eingegangen sind, da von der Stadtverwaltung kenntlich gemacht werden als Vorschlag von außen und dann auch eingebracht werden in den Stadtrat. So kann das hier auch laufen. Und ich weiß auch gar nicht, wenn der Oberbürgermeister da sagt, er will das auch so handhaben, warum man dann jetzt wieder hin und her frickeln muss, dass man da jetzt nochmal an der Formulierung was machen muss. Ich finde, das ist eigentlich viel zu kleinlich, wenn man sich einig ist, dass man das machen möchte, dann kann man das jetzt auch einfach mal so durchstimmen und muss da nicht schon wieder in Widerspruch gehen, aus Prinzip heraus. Ich finde es auch bezeichnend, dass die Stadtverwaltung oder Herr Paulsen jetzt nochmal dargestellt hat, dass wir wieder als Stadträte diejenigen sein sollen, die für die finanziellen Dinge im Haushalt den Vorschlag machen müssen. Wenn die Stadtverwaltung ernsthaft ein Jugendparlament möchte, dann weiß sie, das geht nur, indem dieses Jugendparlament auch betreut wird. Das geht nicht einfach mal so. Sondern das ist etwas, was man, wenn man es ernst nimmt, auch in einer Betreuung durch Hauptamt mit begleiten muss.

Und deswegen steht hier pädagogisches Personal drin und wir wissen, dass natürlich auf das Team Ratsangelegenheiten auch mehr Arbeit zukommt. Und dass das Jugendparlament ein Budget hat, damit es sich treffen kann, damit Einladungen verschickt werden können und so weiter und sofort, das ist doch auch nachvollziehbar. Deswegen verstand ich jetzt auch nicht diesen Hinweis auf irgendwelche Doppelbeantragungen. Das Jugendparlament beantragt ja keine zusätzlichen Mittel, sondern beschäftigt sich mit bestimmten politischen Themen. Also von daher finde ich, dass wir den Änderungsantrag ganz gut ausgearbeitet haben, hoffe, dass er hier eine Mehrheit findet und würde mir wirklich wünschen, dass die Stadtverwaltung sich auch freiwillig ein Stückchen mehr auf diesen Weg mit begibt, damit wir hier endlich ein Jugendparlament etablieren können, das auch eine gewisse Wirkmächtigkeit enthalten kann.

Herr Schachtschneider

Herr Schaper.

Herr Schaper

Ich möchte mich da relativ kurzfassen. Wir finden den Vorschlag insgesamt sehr gut, haben aber nochmal Nachfragen und zwar zum Thema Onlinewahl. Das ist ein schöner Vorschlag, aber laut Kommunalverfassungsgesetz § 32, den wir uns zur Gemüte geführt haben, Stimmabgabe, heißt es ganz klar, das Kreuz muss irgendwie eindeutig gesetzt werden. Entweder auf Papier oder mit Hilfe von sogenannten Wahlgeräten, so heißt das. Da würde ich die Stadt fragen, ob das rechtlich so durch geprüft wurde und ja, das wäre unsere Frage. Auf die würde ich es jetzt erstmal beschränken. Für den Rest gehen wir gerne mit.

Herr Schachtschneider

Kann die jetzt jemand beantworten? Herr Paulsen.

Herr Paulsen

Nochmal kurz den Hinweis, wir haben das ja so auch schon vor einem Jahr diskutiert. Natürlich haben wir uns Gedanken gemacht, so haben wir ja auch gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen diskutiert im vergangenen Jahr, wie hier eine Betreuung oder bzw. Unterstützung erfolgen kann. Ich möchte nochmal daran erinnern, dass wir gemeinsam Sie auch über den Stellenplan im Haushalt geplant haben, eine Fachstelle für die Demokratie, in dem Moment, wie die besetzt wird, werden relevante Stellenanteile des Kinder- und Jugendbeauftragten frei, sodass hier die entsprechende Unterstützung möglich ist. Ebenso verweise ich darauf, dass wir in dieser Wahlperiode 2 Ausschüsse weniger zu betreuen haben, das wäre ein Volumen, wo wir erstmal angesetzt haben, das könnte die Unterstützung sein, die wir im Team Ratsangelegenheiten abbilden. Also insofern haben wir uns Gedanken gemacht, wie das laufen kann und sehen das über die aktuellen Stundenvolumen, die im Stellenplan bzw. in den Teams vorhanden sind, möglich ist. Das

Thema Onlinewahl haben wir auch mit den Jugendlichen diskutiert, mit der Schülerversammlung nochmal, wir bewegen und hier im Raum sozusagen vor dem KVG. Wir sind also nicht dem Kommunalverfassungsgesetz verpflichtet. Wir können die Regeln relativ frei setzen. Ich glaube, wir wissen alle, auch das war ja schon Diskussion hier, dass die Onlinewahl aus gutem Grund noch nicht für reguläre Wahlen zugelassen ist. Man kann hier die bestehenden Nachteile oder auch Vorteile durchaus in Kauf nehmen und dieses Verfahren so setzen, wie man das möchte. Also, Onlinewahl ist möglich.

Herr Schachtschneider

Frau Ranft.

Frau Ranft

Ich bin jetzt noch ein bisschen ratlos. Ich hatte Herrn Paulsen eigentlich so verstanden, dass Sie den Änderungsantrag übernehmen. Welche Teile sind den jetzt noch strittig? Also, wenn Sie sagen, Sie übernehmen das, Sie haben jetzt nur Schwierigkeiten, wie Sie es abbilden als freiwillige Leistung des Oberbürgermeisters, aber das ist ja eigentlich auch, also wie das geht, wissen wir ja spätestens seit dem Bürgerhaushalt. Da haben wir das ja genauso gehandhabt, hat Herr Lange ja auch schon drauf hingewiesen. Da sehe ich jetzt nicht die Schwierigkeit. Also, übernehmen Sie jetzt oder übernehmen Sie nicht? Die Stellen haben Sie jetzt auch gerade gezeigt, wie Sie die abbilden. Was spricht den jetzt noch gegen den Antrag? Gegen den Änderungsantrag?

Herr Paulsen

Gegen den Änderungsantrag spricht substantiell nichts, außer dass Sie das noch in den Haushaltsberatungen untersetzen müssen. Wenn hier drin steht, „das Team Ratsangelegenheiten wird personell um 0,5 Vollzeiteinheiten aufgestockt“, dann ist das nicht das, was ich gerade dargestellt habe. Insofern gibt es hier schon noch Unterschiede im Herangehen, auch wenn die Zielsetzung die gleiche ist, nämlich dass wir sehr wohl gezielte Unterstützung für diese neue Struktur Jugendparlament bereitstellen wollen und ich habe darauf aufmerksam gemacht, abgesehen davon, dass Sie sich selber überlegen müssen, ob Sie sich freiwillig verpflichten mit irgendetwas, dass es einen Beschluss darüber, welche Beschlussvorlagen der Oberbürgermeister einbringt, eben nicht in so einem Stadtratsbeschluss gefasst werden kann, wir aber sehr wohl diesen Weg, genau wie beim Bürgerhaushalt gehen wollen und deshalb, weil der Änderungsantrag ja noch sehr frisch ist, in den kommenden Tagen bzw. Wochen schauen, wie können wir dieses Anliegen so formuliert in diesem Konzept unterbringen, dass es passt. Also insofern, Stoßrichtung sind wir d'accord, aber das, was hier steht ist nicht übernahmefähig.

Herr Schachtschneider

Herr Heym.

Herr Heym

Ja. Wir haben uns im Vorfeld auch intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Hier soll etwas etabliert werden und suggeriert, es gäbe einen Bedarf. Wir haben uns den Onlineauftritt des Kinder- und Jugendrates mal angeguckt. Da stellen sich also die Mitglieder vor. Ich zitiere mal, ist von heute ausgedruckt „Janice, 24 Jahre; Jessie 20 Jahre; Kevin 27 Jahre; Samy 17 Jahre; Regina, Alter: ewig jung; Stephanie, Botox wurde nie benötigt; Mirko, 27 seit X-Jahren“. Laut Bild irgendwo zwischen 30 und 50. Das ist der Kinder- und Jugendrat. Wenn Sie dort Sitzungsprotokolle suchen oder irgendwelche Aktivitäten, stellen Sie nichts fest, außer am Sitzungskalender, dass der Kinderrat 14-tägig tagt am Montag. Da fragen wir uns, ist das Engagement da so groß, dass jetzt zusätzliche Aktivitäten unsererseits notwendig sind und Strukturen geschaffen werden müssen, bevor die eigentlich vorhandenen überhaupt genutzt werden. Dieser Kinder- und Jugendrat hat einen Sitz im Jugendhilfeausschuss und hat erhebliche Mitwirkungsrechte damit. So, dann haben wir geguckt, dieser Stadtschülerrat, der ist sehr aktiv, da kann man nur Ehrfurcht vor haben, vor

dem Engagement. Sehr strukturiert, fast professionell zu nennen unterwegs, wo man schon merkt, dass dort durchaus von außen Unterstützung vorhanden ist. Das sind keine 12-jährigen Kinder, die da engagiert sind. Also, das halte ich für weit hergeholt, ist auch nicht nötig. Die Befürchtung, die wir haben ist, dass diese Strukturen, die dort geschaffen werden sollen, bestimmte Ideen hervorrufen, und eine gewisse Gefahr von einem politischen Missbrauch beinhalten, den wir aus unserer Sicht im Moment auch in der Gesellschaft feststellen, unter anderem bei den Demonstrationen „Fridays for Future“, die sind da ein Ensemble für. Bei der Letzen waren wir unterwegs auf dem Hallmarkt, haben wir Grundschulklassen festgestellt, die von ihren Lehrern hier her geschleppt wurden, mit Plakaten, die wahrscheinlich gemalt wurden. Die können diese Thematik nicht erfassen. Da wird mit Parolen um sich geworfen, „weil ihr uns die Zukunft klaut“. Die haben überhaupt keine Ahnung, wie vor 30 Jahren Halle und die Umgebung hier aussah und welche wirklich riesige Anstrengungen da unternommen wurde, um die Stadt in den Zustand zu versetzen, den sie heute hat und die Lebensqualität und diesen Kindern eine Lebensgrundlage zu schaffen, die wirklich einzigartig ist und eine Generation aufwachsen lässt, dass sie wirklich sorgenfrei groß werden kann, ohne Hunger, ohne Not, ohne Angst vor Krieg. Als ich Kind war, war ständig am Horizont die Gefahr eines Atomkrieges. Damit sind wir aufgewachsen. Also, wenn ich überlege...

Herr Schachtschneider

Herr Lange, lassen Sie mich bitte.. Ich hätte Herrn Heym jetzt auch gebeten, nicht ermahnt.

Herr Heym

Okay. Um zum Ende zu kommen, wir sehen also die Gefahr und ich möchte vom 4. November 89 die Brigitte Spyra zitieren, die auf dem Berliner Alexanderplatz zur Wendezeit sagte: „ich wünsche für meine Urenkel, dass sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde“. In diesem Sinne, bitte lassen Sie die Kinder, Kinder sein und die engagierten Jugendlichen in ihren Gremien, die ja schon vorhanden sind, weiter wirken. Danke.

Herr Schachtschneider

Herr Paulsen möchte dazu. Herr Lembert, ich habe Sie noch auf der Liste und habe mich auch noch drauf gesetzt. Herr Paulsen wollte darauf reagieren. Bitte, Herr Paulsen.

Herr Paulsen

Ja, ich denke schon, dass man den Ansatz würdigen sollte, der hier zu Grund liegt und dass es nicht darum geht, aus einem Arbeitsvolumen, was nicht mehr schaffbar ist, für den Kinder- und Jugendrat etwas Neues zu schaffen, sondern tatsächlich einen Ansatz zu haben, wo es a) natürlich um Partizipation von Kindern und Jugendlichen, in den Belangen, die für sie von Belang sind, zu gestatten und den großen Schritt zu machen und so funktioniert ja der KJR eben nicht, dass alle Kinder, zumindest ab einem bestimmten Alter alle Kinder und Jugendlichen das Recht haben, hier an solchen Wahlen teilzunehmen und ihre Vertretung in der Stadt zu wählen. Und das Konzept zeigt ja eben auch, dass wir eine enge Anbindung wollen, an die Angelegenheiten, die im Stadtrat behandelt und beraten werden, um eben auch eine Trennung zu haben von den Aktivitäten, die insbesondere im Kinder und Jugendrat geschehen. So haben wir es mit den Kinder und Jugendlichen ja auch besprochen, da gibt es ja unendlich viele Aktivitäten, von Spielplatztestern bis zu Beteiligungsformaten oder werben um Beteiligung, die ein Kinder- und Jugendrat machen kann, die außerhalb des Aktionsradius eines Jugendparlaments sind, wenn es sich mit den eher politischen Angelegenheiten in einer Stadtgesellschaft beschäftigt.

Herr Schachtschneider

Herr Lembert.

Herr Lembert

Ja. Mir ist nur eine kleine Sache aufgefallen. Und zwar in den Änderungsantrag steht unter Punkt e), das aktive Wahlrecht beginnt mit dem Eintritt in die Grundschule. Im Konzept steht „für die Wahl der 15 Mitglieder sind alle Kinder und Jugendliche wahlberechtigt, die am Wahltag das 6. Lebensjahr schon und das 22. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.“ Insofern wäre jetzt meine Frage, übernimmt die Verwaltung dann auch das mit dem Eintritt in die Grundschule? Gleichwohl man damit natürlich Grundschüler, die erst mit 7 eingeschult werden, ausschließen könnte, oder sind die Antragsteller dann möglicherweise gewillt, das so zu lassen und eben auf das 6. Lebensjahr zu gehen.

Herr Schachtschneider

Herr Paulsen.

Herr Paulsen

Da die Verwaltung bis jetzt nichts übernommen hat, übernimmt sie das auch nicht, aber es ist in der Tat ein Punkt, den man da diskutieren muss. Möchte man die Kinder, die aus welchem Gründen auch immer, später eingeschult werden von diesem Wahlrecht ausschließen, weil man sagt, in der Grundschule passiert dazu etwas, aber für uns war tatsächlich das Alter das entscheidende und nicht der Besuch einer bestimmten Einrichtung.

Herr Schachtschneider

So, ich hatte mich auch auf die Rednerliste gesetzt. Ich fange gleich mal hinten an. Also, es gibt nicht nur eine spätere Einschulung, es gibt auch eine vorzeitige Einschulung mit 5, geht auch. Das wäre jetzt die Frage an die Antragsteller, das könnte man ja noch formulieren. Ich habe generell ein Problem mit dem relativ frühen Alter, weil ich mir wirklich die Frage stelle, was wählen Kinder in dem Alter, wie wählen die online, wo es doch eigentlich am Anfang der Schule recht spielerisch anfängt und das Lesen und Schreiben ja dann noch nicht bei jedem schon im Kindergarten oder vielleicht schon vor dem Kindergarten zuhause beigebracht wurde. Also, da wäre ich etwas kritisch, müsste man schon wirklich mit 5,6 oder 7 anfangen, je nachdem, wie die Formulierung ist. Dann die Frage an die Verwaltung, Herr Paulsen störte sich zum Beispiel an dem Wort „aufgestockt“. Das könnten natürlich die antragstellenden Fraktionen, wir gehören nicht dazu, relativ einfach, für mich kam es einfach so rüber, Verwaltung habt sich Gedanken gemacht, die sehen schon die 0,5 Vollzeiteinheiten und stören sich praktisch nur, dass die zusätzlich. Eigentlich sind die da, genauso wie die eine Vollzeitstelle. SO habe ich es rausgehört, dass die auch schon da wäre, über die 10.000 € möchte ich jetzt wirklich nicht diskutieren. Weil wenn wir alles zusammenrechnen, den Antrag so stehen lassen, dann reden wir, Herr Lembert hatte jetzt von 60 bis 70.000 € gesprochen, pädagogische Kraft, ich habe es mir oft genug anhören müssen, wenn ich dann wirklich den Arbeitgeberaufwand noch mit dazu rechne, und das wären ja die Kosten, denke ich mal könnten wir auch an die 100.000. Wenn dem aber nicht so ist, ist es ja gar nicht so sehr relevant für den Haushalt, weil wir haben ja das Personal schon da, bräuchten also keine zusätzlichen, da würden wir maximal noch über die 10.000 € reden und das wäre natürlich eine andere Geschichte. Also, hat Verwaltung, die konkrete Frage, hat Verwaltung wirklich jetzt schon intensiv geprüft und kann sagen, wir haben die 1,5 Stellen, oder haben wir sie nicht? Herr Paulsen. Nein, die Rednerliste geht dann weiter. Nein, Frau Brock, Herr Preuk ist noch nicht drauf. Herr Lange. Ergänzen? Das lasse ich ausnahmsweise jetzt zu, wenn die anderen sich nicht beschweren.

Herr Lange

Herr Paulsen hat ja von der Extremismusstelle gesprochen, die ja nun schon sehr lange im Haushalt festgeschrieben ist und da wäre ja schon die Frage, wann wird sie denn nun mal endlich besetzt? Das ist ja auch ein Spiel ohne Ende. Und dann haben Sie gesagt, das würde den Kinder- und Jugendbeauftragten entlasten. Das würde ich mir schon gerne nochmal erklären lassen, weil, der Kinder- und Jugendbeauftragte ist ja nicht nur an der

Stelle mit den Themen beschäftigt, sondern insgesamt hat der schon ein großes Aufgabenfeld. Also, um wie viel wird er denn entlastet, dass das eine ganze Stelle frei machen kann?

Herr Schachtschneider

Herr Paulsen. Meine Frage, allgemeiner Art. Ich habe bewusst den Kinder- und Jugendbeauftragten nicht angesprochen. Hat die Verwaltung die 1,5 Stellen schon?

Herr Paulsen

Die Verwaltung hat sich überlegt, welche Betreuung so ein Gremium braucht. Wir haben 2 Stellen, die an den Gremien, an den bisherigen Gremien und dann zukünftig auch am Jugendparlament dran sind. Das ist einmal der Kinder- und Jugendbeauftragte und das ist die Moderation Kinder- und Jugendbeteiligung. Beide werden die Kinder und Jugendlichen, die im Jugendparlament aktiv sind, unterstützen. Das geht zum Teil im Rahmen der bisherigen Aufgaben. explizit beim Kinder und Jugendbeauftragten habe ich darauf hingewiesen, dass der Stellenanteil, der jetzt gefüllt wird mit HALLIANZ und anhängenden Themen, dann in eine Fachstelle Demokratie fließen würde und damit mindestens 0,5 Stellenanteile beim Kinder- und Jugendbeauftragtem zusätzlich noch frei sind. Unserer Ansicht nach ist das ein Ansatz, mit dem wir starten können das Kinder- und Jugendparlament. Beim Team Ratsangelegenheiten kann ich nicht sagen, wie viele Stellenanteile das sind, ich glaube durchschnittlich 3 Ausschüsse werden pro Mitglied im Team betreut. Da wir 2 Ausschüsse weniger haben, müsste es ungefähr hinhalten. Etwas mehr als 0,5 Stellenanteile.

Herr Schachtschneider

Vielen Dank, Herr Paulsen. Jetzt habe ich Frau Brederlow, Frau Stahs, Frau Dr. Brock und Herrn Preuk auf der Rednerliste. Habe ich jemanden übersehen?

Frau Brederlow

Ich kann es auch kurz machen, weil der Internetauftritt des Kinder- und Jugendrates hier genannt wurde, die Altersstruktur des Vorstandes des Kinder- und Jugendrates erklärt sich aus dem SGB VIII. Der Kinder- und Jugendrat ist nämlich aus der Jugendhilfe heraus entstanden und da hört es nun mal erst mit 27 auf. Die anderen, die von Ihnen mit genannt wurden, das sind die, die Unterstützer sind. Das ist also einmal Frau Goldammer als die Moderatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung, der Kinder- und Jugendbeauftragte Herr Petrick und die Mitarbeiterin der Freiwilligenagentur, die hier insbesondere den HALLIANZ Jugendfond auch mit unterstützen. Also, hier ist in den letzten Jahren eine ganze Menge entstanden und ich persönlich sehe das Kinder- und Jugendparlament tatsächlich als eine neue Stufe der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die auf dem aufbaut, was bisher vorhanden ist und das noch breiter und zuverlässiger gestalten soll. Also, das wollte ich nochmal klarstellen an der Stelle.

Herr Schachtschneider

Frau Stahs.

Frau Stahs

Ja, also ich habe gerade mal geguckt. In verschiedenen Parteien gibt es eine Mindestaltersangabe für eine Mitgliedschaft in Parteien. Die geht zum Teil mit 16 schon los und wenn man Parlamentarismus versteht und lernt, dann ist das für mich eine Frage von verschiedenen Parteien in einem Gremium, die dann verschiedene Interessen vertreten. Was ist ein Jugendparlament dann in dem Fall? Sind das dann auch Kinder aus verschiedenen Parteien? Ich verstehe sozusagen, wenn ich das unterrichte nicht, den Unterschied oder die Sinnhaftigkeit, ich kann ab 16 in eine der Parteien eintreten und kann da mich politisch äußern, sitze ich hier mit im Gremium und werde vielleicht sogar gewählt. Also, das ist für mich eine Logik, die ich nachvollziehen kann und sehe das Alter bis 22

einfach nicht ein.

Herr Schachtschneider

Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Ja. Im Großen und Ganzen denke ich, wir sind eigentlich abstimmungsbereit. Ich will vielleicht nur nochmal auf 2 Dinge hinweisen. Ich glaube, Herr Paulsen, dass das ja auch erstmal gar nicht so schlimm ist, wie man sich sozusagen denkt, wer die Arbeit zukünftig macht. Lassen Sie uns die Haushaltverhandlungen abwarten, ob wir bis dahin gegebenenfalls noch eine Stelle im Stellenplan einnehmen. Letzten Endes bestimmt die Stadtverwaltung sowieso, ob die besetzt werden. Insofern ist es von unserer Seite ein Angebot, da nochmal in den Haushaltsverhandlungen zu gucken. Das 2., was zur Altersbegrenzung war. Jeder, der sich mit Pädagogik beschäftigt weiß, dass es partizipative Projekte in Kitas bereits gibt. Das heißt, es ist immer eine Frage der pädagogischen Fachkräfte, wie die solche Prozesse moderieren. Deshalb sind aus unserer Sicht auch die Schulen, die Grundschulen an der Stelle gefragt, als der erste Berührungspunkt dann wiederum im Schulsystem, im pflichtigen Schulsystem, wo die Kinder sozusagen dann auch an Orte der Demokratiebildung noch im Weiteren erfahren, weil bei der Kita kann man es nicht für jedes Kind voraussetzen, weil das konzeptionell von jeder Kita, zu jeder Kita unterschiedlich gehandhabt wird. Bei der Schule, die hat den offiziellen Bildungsauftrag, Demokratiebildung zu unterstützen. Insofern ist nicht das einfache Alter relevant, sondern wirklich die Einbindung in dieses System. Und da sind wir gleich auf der anderen Seite der Einbindung in dieses System, sprich am Ende der Altersbegrenzung, dass eben zu dem Zeitpunkt bereits viele Jugendliche gar nicht mehr in der Schule sind und deshalb diese Onlinezurverfügungstellung einer Abstimmung das Niedrigschwelligste ist, um wirklich auch alle mit hinein zu nehmen und da wir es ja hier nicht um einen Wahlvorgang im staatsrechtlichen Sinne, sich nicht darum handelt, glaube ich, kann man das rechtlich durchaus abbilden, dass das online möglich sein kann und möglich sein wird. Es gibt viele andere Strukturen, Petitionen etc., die auch schon über diese Tools funktionieren. Wir haben auch gerade nochmal einen Prüfauftrag im Stadtrat laufen. Also, alle Sachargumente sprechen für unseren Änderungsantrag und ich glaube, die Meinungsbildung ist abgeschlossen.

Herr Schachtschneider

Herr Preuk.

Herr Preuk

Also, eigentlich wurde gerade schon viel gesagt. Ich möchte nur auch nochmal zu dem Alter was sagen. Also, wir haben wirklich lange im Stadtschülerrat nochmal, nochmals, zum wiederholten Mal darüber diskutiert, was denn nun das Beste wäre. Und sind zum Schluss gekommen, dass mit dem Eintritt in die Grundschule, die Kinder wirklich in Kontakt kommen mit demokratischen Strukturen. Sie wählen Klassensprecher. Wie gut das jetzt umgesetzt wird in manchen Grundschulen weiß ich nicht, zumindest wir haben es so gemacht und meine Kollegen auch, aber keine Schülerräte, um wirklich ihre Interessen vor der Schulleitung zu vertreten, ist vermutlich auch gut so, weil es sind ja nun doch kleine Kinder. Aber deswegen sollen sie nur wählen können. Sie können vielleicht am Anfang der ersten Klasse, wenn da gerade eine Wahl ist, noch nicht lesen. Aber dafür gibt es immer noch Eltern, die mit ihnen dann die Wahl durchgehen können, um Kandidaten zu finden, die vielleicht dafür sprechen für die Interessen des Kindes. Also, somit hat sich die Schülerschaft geeignet auf genau diese Altersbegrenzung und auch nicht auf ein festes Alter, sondern auf den Eintritt in die Grundschule. Dankeschön.

Herr Schachtschneider

Herr Heym.

Herr Heym

Ich möchte auf das Gesagte nochmal eingehen. Für mich ist im Moment nicht erkennbar, wer stellt sich dann zur Wahl, wie ist erkennbar für die Wähler, wer hinter diesem Kandidaten steht und wer suggeriert diese Prozesse, wie eben auch nochmal angekündigt in Grundschulen, um dann da entsprechend ein Beteiligungsverhalten der Kinder entsprechend zu erzeugen. Ich habe da allerhöchste Zweifel, was die Motivation betrifft und ob das gefahrlos auch möglich ist. Also für mich, ich habe das vorhin eigentlich gesagt, hat das einen erschreckenden Eindruck. Für mich ist das viel zu früh. Der Missbrauch der Kinder ist an der Stelle nicht auszuschließen, sondern steht aus meiner Sicht im Raum und ich weiß nicht, wie man das in einem Konzept händeln möchte. Für mich ist die Mindestanforderung zum Beispiel, dass klar wird, es war eben angedeutet, sind entsprechende Bewerber schon in irgendwelchen Parteien organisiert, parteinah in irgendwelchen Jugendorganisationen oder welche Motivation haben sie, um in diesen Gremien mitzuarbeiten und sich zur Wahl zu stellen, ohne das ist dieser Vorschlag oder diese Idee, dass hier eine demokratische Beteiligung stattfinden soll, aus meiner Sicht nicht möglich.

Herr Schachtschneider

Herr Schaper. Oh. Herr Schiedung hat einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Schiedung

Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, die Debatte darüber abubrechen. Es wurden alle Inhalte ausgetauscht. Dafürsprechende, dagegensprechende. Die Verwaltung hat sich geäußert. Ich glaube, wir sind abstimmungsbereit. Jeder sollte jetzt in sich gehen und darüber entscheiden, wollen wir den Jugendlichen ein Parlament schaffen oder wollen wir es nicht schaffen und sollten nicht noch eine halbe Stunde darüber diskutieren.

Herr Schachtschneider

Ich will gerade versuchen, wir hatten es bisher noch nie, dass ein sachkundiger Einwohner einen Geschäftsordnungsantrag gestellt hat. Er ist antragsberechtigt, Änderungsantragsberechtigt. Aber ein Geschäftsordnungsantrag ist kein Änderungsantrag, aber, ja ich sage ja. Wir können das ganz einfach lösen das Problem. Dann würde Herr Eigendorf denselben Text übernehmen. Gut, dann hat Herr Eigendorf den Geschäftsordnungsantrag gestellt. Gegenrede? Das war jetzt kein 2. nein? Okay. Dann die Gegenrede.

Herr Heym

Also ich kann nicht erkennen, dass es hier ausreichend diskutiert wurde. Der neue Stadtrat ist seit 03.07. konstituiert. Wir befassen uns erstmalig mit diesem Thema. Und wenn Sie entsprechend kontrovers nicht diskutieren möchten und solche Positionen, die Ihnen nicht schmecken, nicht hören möchten, fände ich es ehrlicher, wenn Sie das sagen. Und nicht mit diesen Geschäftsordnungstricks jedes Mal die Debatte abwürgen würden.

Herr Schachtschneider

Herr Heym. Das ist legitim, dass Geschäftsordnungsanträge gestellt werden, auch wenn es manch einem nicht passt. Mir passt das ehrlich gesagt manchmal auch nicht. Aber das ist dann halt so. Bevor ich diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen lasse, möchte ich nur nochmal darauf hinweisen, wir haben noch einen Änderungsantrag, nämlich von Hauptsache Halle, über den wir noch gar nicht. Also, das heißt, wir würden jetzt zum Änderungsantrag die Debatte abbrechen, aber dann würde ich den Kollegen von Hauptsache Halle auch noch die Möglichkeit geben, ihren Änderungsantrag noch einzubringen. Bitte.

Herr Lange

Also, das funktioniert nicht. Wir können nicht zu einem Änderungsantrag eine Debatte abbrechen. Entweder brechen wir sie jetzt ganz ab, oder vielleicht warten wir noch mit dem

Abbruch, bis jemand von Hauptsache Halle sich geäußert hat. Und dann entscheiden wir nochmal, ob wir abbrechen wollen..

Herr Schachtschneider

Dann würde ich vorschlagen, wir machen das so, wenn das die SPD-Fraktion..

Herr Lange

Dann zieht ihn nochmal kurz zurück und dann...

Herr Schachtschneider

Dann machen wir das so und dann haben wir nämlich über alle Anträge gesprochen.

Herr Wels

Ja, wir haben jetzt lang und breit über diesen Nachtrag nochmal gesprochen über diesen Änderungsantrag der Fraktionen. Wir persönlich haben uns das jetzt in aller Ruhe angehört. Herr Heym hat da schon Recht, wir haben uns dort auch erstmal damit gefasst. Wir gehen eigentlich mit diesem Vorschlag konform, finden das also soweit in Ordnung. Wir hatten nur ein paar Befindlichkeiten hinsichtlich, dass eigentlich bestimmte aufgeführte Punkte in dem Konzeptvorschlag enthalten waren und auch sicherlich personell untersetzt. Hatten dort die ein oder andere Frage bezüglich der Stellenbesetzung, dass da also nochmal Geld aufgeworfen wird, aber wenn das an der Stelle hier durchaus geklärt werden kann, sind die Punkte, die hier drin stehen, durchaus in Ordnung. 6 Jahre ist natürlich auch sehr zeitig beim Blick auf mein eigenes Kind, es ist immer schwierig, ob da schon eine politische Meinungsbildung durchaus eine Rolle spielt. Ich denke nicht, aber daran wollen wir uns grundsätzlich nicht stören. Wir würden uns auf diesen Änderungsantrag der Fraktionen LINKE, SPD und GRÜNE natürlich auch draufsetzen und dort positiv mit bevoten. Ich brauche jetzt keine Ausführung mehr, weil wir haben ja sozusagen hier schon Punkt 4 und 5 aus unserem Änderungsantrag rausgestrichen, das wäre etwas Neuralgisches gewesen, das ist raus. Das andere sind Wortlautungen, wie „gemeinsam“ oder „im 2. Quartal“. Also, da ist das hier an der Stelle dezidiert, konkretisiert und in Ordnung.

Herr Schachtschneider

Also heißt das, Sie ziehen Ihren Änderungsantrag zurück?

Herr Wels

Wir ziehen das dann zurück.

Herr Schachtschneider

Dankeschön. Dann haben wir das für das Protokoll. Und dann würde ich jetzt zu dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Eigendorf kommen. Wer dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Eigendorf/Schiedung zustimmen möchte, die Gegenrede hatten wir, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Abbruch der Debatte war das. Zustimmung zur Abbruch der Debatte, eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben. Die Gegenstimmen? Eine. Und Enthaltungen? 2.

Vielen Dank. Dann kommen wir jetzt zum so genannten...

Ach halt. Entschuldigung. Ich war zu schnell. Ich bin bei der Stimmenanzahl bei Abbruch der Debatte ausgegangen, dass auch die selben... aber das war ein Fehler. Richtig. Wir müssen jetzt erst den Änderungsantrag der Fraktionen abstimmen.

Da frage ich jetzt die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner nach ihrem Votum. Wer von den sachkundigen Einwohnern für diesen Änderungsantrag votieren möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Vielen Dank. Wer ist dagegen? Niemand. Dann frage ich die Damen und Herren Stadträte. Wer dem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich jetzt um

das Handzeichen. Wer ist dagegen? Einmal. Und die Enthaltungen? Vielen Dank.

Abstimmungsergebnis SkE:
Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt
mehrheitlich zugestimmt

Herr Schachtschneider

Damit kommen wir zum geänderten Grundsatzbeschluss. Den lasse ich auch nochmal abstimmen. Wer den somit geänderten Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlamentes in Halle zustimmen möchte, zuerst die sachkundigen Einwohner nach dem Votum. Wer dafür ist natürlich das Votum. Und jetzt die Damen und Herren Stadträte. Wer dem geänderten Grundsatzbeschluss zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Die Gegenstimmen? Die Enthaltungen? Vielen Dank.

Abstimmungsergebnis SkE:
Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt
mehrheitlich zugestimmt

Ende Wortprotokoll.

zu 4.1 Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlamentes in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00169

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält die folgende Fassung:

1. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, das gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat erarbeitet wurde, **mit den folgenden Änderungen:**
 - a. **Beschlüsse des Jugendparlamentes werden analog dem Verfahren beim Bürgerhaushalt von der Stadtverwaltung geprüft, mit einer Beschlussempfehlung versehen und als Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht. Der Stadtrat verpflichtet sich freiwillig, Vertreter*innen des Jugendparlamentes bei der Beratung von oben genannten Beschlussvorlagen das Rederecht zu erteilen.**
 - b. **Das Team Ratsangelegenheiten wird personell um 0,5 VZE aufgestockt.**
 - c. **Dem Jugendparlament steht ein jährliches Budget von 10.000 EUR sowie eine Personalstelle von 1,0 VZE für die pädagogische Betreuung und Koordinierung zur Verfügung. Diese Personalstelle wird bereits für die Ausarbeitung der Wahlordnung und Satzung eingerichtet, sowie zur Vorbereitung der ersten Wahl.**
 - d. **Die Wahl zum Jugendparlament wird als Online-Wahl durchgeführt.**
 - e. **Das aktive Wahlrecht beginnt mit dem Eintritt in die Grundschule. Wählbar sind Kinder und Jugendliche ab vollendetem 12. Lebensjahr.**
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum ~~31.~~ **31.** Quartal ~~2019~~**2020** unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates eine Satzung und eine Wahlordnung für das Jugendparlament.
3. Das Jugendparlament soll im ~~34.~~ **34.** Quartal 2020 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.

4. Mit dem Jugendparlament wird ein Gremium geschaffen, das die Möglichkeit hat, auf kinder- und jugendrelevante Themen in der Stadt Halle nachhaltig einzuwirken.

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00244

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Punkte 2. und 3. werden wie folgt ergänzt und der Beschlussvorschlag wird um Punkt 4. und 5. erweitert:

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, das gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat erarbeitet wurde.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum 3. Quartal 2019 unter Einbindung **gemeinsam mit dem** des Kinder- und Jugendrates und **des dem** Stadtschülerrates eine Satzung und eine Wahlordnung für das Jugendparlament.
3. Das Jugendparlament soll im ~~3.~~ **2.** Quartal 2020 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.
4. ~~Die Vertreter des Jugendparlamentes gelten als Interessenvertreter nach § 9, Ziff. 6, Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates.~~
5. ~~Der Stadtrat beschließt, die Vertreter des Jugendparlamentes als Interessenvertreter zu allen Punkten der Tagesordnung des Stadtrates zu hören.~~

zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und MitBÜRGER & Die PARTEI zur Beschlussvorlage „Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)“ (VII/2019/00169)
Vorlage: VII/2019/00417

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält die folgende Fassung:

1. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zur Einrichtung eines Jugendparlamentes, das gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendrat und dem Stadtschülerrat erarbeitet wurde, **mit den folgenden Änderungen:**
 - a. **Beschlüsse des Jugendparlamentes werden analog dem Verfahren beim Bürgerhaushalt von der Stadtverwaltung geprüft, mit einer Beschlussempfehlung versehen und als Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht. Der Stadtrat verpflichtet sich freiwillig, Vertreter*innen des Jugendparlamentes bei der Beratung von oben genannten Beschlussvorlagen das Rederecht zu erteilen.**
 - b. **Das Team Ratsangelegenheiten wird personell um 0,5 VZE aufgestockt.**
 - c. **Dem Jugendparlament steht ein jährliches Budget von 10.000 EUR sowie eine Personalstelle von 1,0 VZE für die pädagogische Betreuung und Koordinierung zur Verfügung. Diese Personalstelle wird bereits für die Ausarbeitung der Wahlordnung und Satzung eingerichtet, sowie zur Vorbereitung der ersten Wahl.**
 - d. **Die Wahl zum Jugendparlament wird als Online-Wahl durchgeführt.**
 - e. **Das aktive Wahlrecht beginnt mit dem Eintritt in die Grundschule. Wählbar sind Kinder und Jugendliche ab vollendetem 12. Lebensjahr.**
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet bis zum 31. Quartal 2019**2020** unter Einbindung des Kinder- und Jugendrates und des Stadtschülerrates eine Satzung und eine Wahlordnung für das Jugendparlament.
3. Das Jugendparlament soll im 34. Quartal 2020 in einer konstituierenden Sitzung die Arbeit aufnehmen.
4. **Mit dem Jugendparlament wird ein Gremium geschaffen, dass die Möglichkeit hat, auf kinder- und jugendrelevante Themen in der Stadt Halle nachhaltig einzuwirken.**

zu **Behandlung TOP 4.3**

zu 4.3 **Beschluss der Vorzugsvariante – Errichtung von Pausenhöfen in den Innenhöfen 1 und 3 des „Neuen städtischen Gymnasiums“**
Vorlage: VII/2019/00341

Herr Zeigermann führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Ranft sagte, dass durch die Errichtung von Innenhöfen 90 Schulhofplätze entstehen, jedoch immer noch über 200 Plätze fehlen werden. Sie merkte an, dass die Kosten dafür im Haushalt gerade nicht zur Verfügung stehen. Sie schlug vor, den Pausenhof im Bereich Schülershof zu vergrößern. Sie sprach sich gegen die Beschlussvorlage aus.

Herr Slowig sprach sich ebenfalls gegen die Beschlusslage aus und sagte, dass die Kosten zu hoch sind und nur eine begrenzte Erweiterung Pausenhoffläche geschaffen werden kann.

Herr Lange sagte, dass für mehr als 900 Schüler Platz auf dem Pausenhof benötigt wird, mit dem Beschluss aber nur zusätzliche 90 entstehen würden. Er sagte, dass der Antrag zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue städtische Gymnasium im Bereich Schülershof

weiterverfolgt werden sollte.

Herr Scherer fragte zur Variante 3, ob es eine Lärmbelastung gibt und Schwingungen entstehen können.

Herr Zeigermann sagte, dass statistische Beeinträchtigungen nicht zu erwarten sind. Er sagte, dass Maßnahmen gegen eine Lärmbelastung getroffen werden. Er sagte, dass eine Ruhemöglichkeit für die Schüler geschaffen werden soll. Er informierte über die geplanten Baumaßnahmen.

Herr Schachtschneider sprach sich ebenfalls gegen den Beschlussvorschlag aus.

Herr Zeigermann erklärte, dass die Baukostenhöhe angesichts der notwendigen Konstruktion nicht unüblich ist.

Herr Eigendorf sagte, dass die Finanzierung des Umbaus nicht gesichert ist.

Frau Brederlow sagte, dass sich die Schule im Altstadtbereich befindet und ein Umbau demnach eine Herausforderung mit sich bringt. Sie sagte, dass neben den Pausenhöfen auch die Fahrradabstellplätze Beachtung finden müssen und Pausenhöfe für die Schülerinnen und Schüler risikofrei angelegt werden. Sie sprach sich für den Vorschlag zur Errichtung von Ruhezeiten aus.

Herr Wels fragte nach der Konsequenz bei Ablehnung der Varianten 1 bis 3. Er fragte, ob es eine Variante 4 gibt.

Frau Jacobi sagte, dass die Schüler bereits an der Gestaltung der Innenhöfe beteiligt sind. Sie fragte, ob das Dach der Aula nutzbar gemacht werden kann.

Herr Zeigermann sagte, dass der Statiker die Querbalken des Daches vermessen hat und festgestellt wurde, dass das Dach nicht für eine Pausennutzung geeignet ist. Er sagte, dass eine neue und denkmalrechtliche Dachkonstruktion auf die Aula aufgesetzt werden müsste.

Frau Dr. Wünscher bat um Stellungnahme des Schulleiters und beantragte Rederecht.

Herrn Schulleiter Riedel wurde in Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern das Rederecht erteilt.

Herr Riedel nahm Stellung zur Beschlussvorlage und sprach sich dafür aus, diese Lösung mit den Ruhezeiten zu errichten. Dies passe gerade für die älteren Schüler zum Schulkonzept. Alternativ käme es zu jahrelangen Hängepartien, in denen zu befürchten sei, dass keine Entscheidungen getroffen werden. Und diese seien sehr fraglich, der Schülershof ist ohne sichere Abgrenzung und damit ohne Endwidmung aus seiner schulischen Sicht nicht nutzbar.

Frau Ranft sagte, dass der Schulhof auf Grund des Taubenkots sehr dreckig ist. Sie sagte, dass der Antrag zum Schülershof weiter verfolgt werden sollte.

Herr Schiedung fragte, ob es eine Übersicht zu Kosten für eine Herrichtung von Fahrradabstellplätzen gibt, ohne Variante 2 als Plattform zu Ende zu führen.

Herr Zeigermann sagte zu, eine Übersicht nachzureichen.

Herr Lange sagte, dass auf den Schul- und Innenhöfen Platz für die Schüler geschaffen werden muss, auch wenn diese ab der 9. Klasse das Schulgelände in den großen Pausen

verlassen dürfen. Er sagte, dass die Baukosten für die Schule bereits überschritten wurden. Er schloss sich den Ausführungen von Frau Ranft an, weiter am Antrag zur Neuplanung eines Schulhofs für das Neue städtische Gymnasium im Bereich Schülershof festzuhalten.

Frau Brederlow sagte, dass es sich beim Schülershof um einen durchgängigen Fußweg handelt, welcher von den halleschen Bürgern genutzt wird. Eine Entwidmung hätte auch zur Folge, dass der Weg nicht mehr barrierefrei wäre.

Herr Schachtschneider merkte an, dass die Schülerzahl stetig ansteigt und deshalb eine Pausenhoffläche für alle 900 Schüler benötigt wird. Eine Entwidmung könne auch schnell gehen.

Herr Lembert fragte, ob der Schülershof derzeit barrierefrei ist und wie lange ein Entwidmungsverfahren üblicherweise dauert. Weiter fragte er, ob die Beschlussvorlage für die Dauer des Verfahrens zurückgestellt werden kann, um möglicherweise später auf diese zurückzugreifen.

Herr Zeigermann sagte, dass der Innenhof bei einer jetzigen Beschlussfassung ab September 2020 genutzt werden könnte. Er konnte keine Aussagen hinsichtlich der Dauer eines Entwidmungsverfahrens machen.

Herr Slowig sagte, dass viele Schulen keinen Platz haben, um Ruhezone zu errichten und die Baukosten bereits stark überschritten wurden, dies sei nicht verhältnismäßig.

Herr Schaper sprach sich gegen den Beschlussvorschlag aus. Er lobte das Engagement des Schulleiters, Herrn Riedel.

Herr Lange wies darauf hin, dass auch bei Entwidmung der Fläche vor der Schule im Bereich Schülershof eine barrierefreie Zuwegung zur Innenstadt möglich ist.

Frau Ranft schlug vor, die Beschlussvorlage zu vertagen, bis die Stadtverwaltung den Stadtratsbeschluss zum Schülershof umsetzt.

Herr Lange sagte, dass der Widerspruch des Oberbürgermeisters so lange vertagt wurde, bis eine Alternative des Oberbürgermeisters zum Schülershof vorgelegt wird. Diese wurde nun vorgelegt. Aus diesem Grund muss eine zeitgleiche Abstimmung erfolgen.

Frau Ranft zog den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zurück.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Herr Schachtschneider** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

<u>Abstimmungsergebnis SkE:</u>	mehrheitlich abgelehnt
<u>Abstimmungsergebnis SR:</u>	mit Patt abgelehnt

zu 4.3 **Beschluss der Vorzugsvariante – Errichtung von Pausenhöfen in den Innenhöfen 1 und 3 des „Neuen städtischen Gymnasiums“**
Vorlage: VII/2019/00341

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mit Patt abgelehnt
------------------------------------	---------------------------

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Errichtung von Pausenhöfen in den Innenhöfen 1 und 3 im „Neuen städtischen Gymnasium“, 06108 Halle (Saale), gemäß Variante 2 der Variantendarstellung (Anlage).

zu 4.2 IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05270

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VI/2019/05273

zu 4.2.2 Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00273

zu 4.2.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (MitBürger & Die PARTEI) (VII/2019/00273) zur Beschlussvorlage IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) (VI/2019/05270)
Vorlage: VII/2019/00280

zu 4.2.3 Änderungsantragsantrag der SPD-Fraktion zu IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) – Vorlagen-Nummer: VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00423

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Frau Dr. Bentke, Herrn Günther und Herrn Siebenhüner das Rederecht erteilt.

Herr Siebenhüner informierte anhand einer Präsentation über die Ziele und die Voraussetzungen des IT-Konzepts sowie über den DigitalPakt.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Günther berichtete anhand einer Präsentation über den DigitalPakt Schule, das Antragsverfahren, die Förderung sowie Zuwendungsvoraussetzungen und den Einsatz im Unterricht.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Slowig sagte, dass keine Gleichbehandlung vorliegt, wenn die technische Ausstattung der Schulen von den medienpädagogischen Konzepten abhängig gemacht wird. Er sagte, dass es einen technischen Mindeststandard für die Schulen geben muss.

Herr Günther antwortete, dass es sich um Vorgaben des Ministeriums für Bildung handelt, Medienbildungskonzepte wurden vom Bund ausdrücklich verlangt, so dass diese Passage in die Richtlinie für Sachsen-Anhalt noch aufgenommen werden musste, er verstehe aber die Kritik daran,.

Herr Schiedung bat um Erläuterung, ob alle Schulen gleichzeitig ausgestattet werden.

Herr Günther sagte, dass der Schulträger im Rahmen des DigitalPakts das Ziel verfolgt, alle Schulen mit der gleichen Grundausstattung auszurüsten.

Herr Schiedung fasste zusammen, dass erst die Grundausstattung wie strukturierte Verkabelung, W-LAN installiert wird, bevor weitere Ausstattungen bereitgestellt werden können.

Herr Schachtschneider fragte, welche Ausstattungserfolge mit 13,5 Millionen Euro zu erwarten sind.

Herr Siebenhüner sagte, dass Ausstattung mit der strukturierten Verkabelung die Basis darstellt. Er sagte, dass nach erster Schätzung die Kosten ca. 200.000 € je Schule betragen, wenn noch keine Verkabelung vorhanden ist.

Frau Brederlow informierte, dass der Fachbereich Immobilien derzeit eine Auflistung über die IST-Zustände und notwendige Investitionen in den Schulen vorbereitet.

Herr Lange fragte, ob die Schulen dahingehend unterstützt werden können, dass ein Standardkonzept zur Verfügung gestellt wird, damit die Schulen die Mindestausstattung beantragen können.

Frau Brederlow antwortete, dass am 21.10.2019 eine Beratung der Schulleiter stattfindet, wo seitens der Stadtverwaltung Informationen zum IT-Konzept gegeben werden. Sie sagte, dass eine intensive Begleitung jeder Schule nicht möglich ist.

Herr Heym begrüßte den Vorschlag von Herrn Lange zur Unterstützung der Schulen mit einem Standardkonzept.

Herr Lembert fragte, ob das LISA plant, eine Checkliste zur Orientierung der Schulen zu entwerfen.

Herr Günther antwortete, dass eine Checkliste nicht geplant ist. Es wird kein Standardformular zur Verfügung gestellt. Er sagte, dass ein Leitfaden für Medienbildungskonzepte bis nach den Oktoberferien fertiggestellt sein soll. Gegen eine landeseinheitliche Ausstattungsvorgabe haben sich die kommunalen Spitzenverbände mit Berufung auf Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung gewandt.

Herr Slowig bemängelte, dass keine einheitlichen Konzepte zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Günther sagte, dass das Medienbildungskonzept der Schule regelmäßig fortgeschrieben werden kann.

Herr Rumpold fragte, wie viele Schulen noch kein Konzept erarbeitet haben.

Frau Brederlow antwortete, dass derzeit eine Übersicht erarbeitet wird. Sie sagte, dass die Stadtverwaltung bei der Erstellung der Konzepte im Rahmen der Möglichkeiten unterstützend tätig wird.

Frau Jacobi fragte, worauf sich die Weiterbildung der Lehrkräfte bezieht.

Herr Günther sagte, dass es sich um Weiterbildungen in der digitalen Bildung handelt.

Herr Schiedung brachte den Änderungsantragsantrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen. Weiterhin zog er den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi zurück.

Herr Schachtschneider sagte, dass der Änderungsantrag vertagt werden sollte, da dieser verspätet eingebracht wurde und die Verwaltung daher noch nicht Stellung dazu nehmen kann.

Frau Brederlow sagte, dass der Beschluss nicht weiter verschoben werden sollte.

Frau Dr. Wünscher bat um Stellungnahmen zu den Änderungsanträgen.

Herr Lange bat darum, dass die Stellungnahmen zum Bildungsausschuss eingebracht werden.

Herr Heym fragte, ob sich der Schlüssel 5 zu 1 auf die Gesamtschülerzahler einer Schule bezieht.

Herr Siebenhüner sagte, dass der Schlüssel aus Studien entstanden ist, wo digitale Bildung erfolgreich umgesetzt wird. Dieses Verhältnis setzt sich aus der Gesamtschülerzahl zu technischer Ausstattung zusammen. Das Verhältnis von ca. 26.000 Schülern zu IT-Geräten stellt dar, dass der Schulträger 5.000 Geräte bereitstellt.

Herr Heym sprach sich für den Änderungsantrag der SPD-Fraktion aus. Er sagte jedoch, dass er zu kurzfristig eingebracht wurde, um sich intensiv hineinlesen zu können.

Herr Lange sagte, dass das IT-Konzept die Grundlage für die Fortschreibungen darstellt. Weiter fragte er, ob die Nutzung der Microsoftsoftware festgelegt ist.

Herr Siebenhüner sagte, dass es sich nicht um das Betriebssystem der Geräte handelt, sondern lediglich um den Remote Desktop Service. Weiter sagte er, dass Microsoft im Ergebnis einer Umfrage und Untersuchung als bestes System hervorging.

Herr Schiedung fragte, ob der Schulträger oder das Land die von den Schulen ausgewählte Bildungssoftware zur Verfügung stellt.

Herr Siebenhüner sagte, dass die IT-Consult Halle GmbH vorrangig den Zugang zum Internet ermöglicht, . hierüber kann Software aufgerufen werden, nur in begründeten Ausnahmen sollen spezifische Softwareprodukte beschafft und zentral oder dezentral, z.B. für Berufsschulen bereitgestellt werden.

Frau Dr. Bentke sagte, dass den Schulen nur der Lehrplan vorgegeben wird. Wie der zu erlernende Stoff vermittelt und erlernt wird, ist Angelegenheit der Schule.

Herr Lange fragte, wie die Trennung des Verwaltungs- und des pädagogischen Netzes hinsichtlich des Datenschutzes sichergestellt wird.

Herr Siebenhüner sagte, dass es sich um physisch getrennte Netze auf einem Server handelt und der Zugang über die Zugangsberechtigungen gesteuert wird.

Herr Schachtschneider schlug vor, die Beschlussvorlage mit Änderungsanträgen zu vertagen und bat die Stadtverwaltung um zeitnahe Stellungnahme zu den Änderungsanträgen.

Herr Schachtschneider bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4.2 IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05270

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt das IT Konzept für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale).

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VI/2019/05273

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt das IT Konzept für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale) **unter den Bedingungen:**

1. Das IT Konzept und die Ausstattung der Schulen orientieren sich streng an den Prinzipien von Open Source und Open Access sowie an der Datenschutzgrundverordnung der EU.
2. Grundlage für die Softwareausstattung der Schulen ist Open-Source-Software. Dazu gehören auch die Betriebssysteme.
3. Bei der IT-Ausstattung der Schulen wird sichergestellt, dass die freie Lernmittelwahl nicht eingeschränkt wird.
4. Es werden nur Geräte ohne sogenannten Vendor Lock angeschafft.
5. Es wird sichergestellt, dass alte Geräte, gespendete und geschenkte Geräte eingebunden werden.
6. Es wird sichergestellt, dass jeder Zeit ohne zusätzlichen Wartungsaufwand Peripheriegeräte angeschlossen werden können. Das beinhaltet auch den Datentransport durch Speichermedien.
7. Es wird sichergestellt, dass die IT auch ohne Internetzugang nutzbar ist.

**zu 4.2.2 Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage IT macht Schule- IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)VI/2019/05270
Vorlage: VII/2019/00273**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bestätigt das IT Konzept für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale) unter den Bedingungen:

1. Bildung einer temporären Arbeitsgruppe „IT macht Schule“, die sich aus Mitgliedern der Verwaltung, der ITC und der Schulen zusammensetzt und deren regelmäßige Treffen offen sind für interessiertes Schulpersonal sowie Mitglieder der Fraktionen. Themen der Arbeitsgruppentreffen sind der Prozess der Umsetzung des IT-Konzepts sowie Bedarfe der Schulen.
2. Das IT-Konzept für kommunale Schulen wird fortlaufend aktualisiert und fortgeschrieben. Das IT-Konzept „IT macht Schule“ wird dem Stadtrat in der fortgeschriebenen Version einmal im Jahr zum Beschluss vorgelegt.
3. Die medienpädagogischen Konzepte der Schulen werden dem Stadtrat regelmäßig zur Kenntnis gegeben.
4. Unter 1.2. Ziele des Projekts (Seite 5) wird als weiteres Projektziel die Vermittlung von Grundzügen des Programmierens aufgenommen. Dieses Projektziel wird im Konzept in den entsprechenden Kapiteln mit Aussagen zu Hard- und Software, die einen altersgerechten Einstieg in die Programmierung ermöglichen, untersetzt.

**zu 4.2.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi (MitBürger & Die PARTEI) (VII/2019/00273) zur Beschlussvorlage IT macht Schule - IT Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) (VI/2019/05270)
Vorlage: VII/2019/00280**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat bestätigt das IT Konzept für kommunale Schulen der Stadt Halle (Saale) unter den Bedingungen:

1. Bildung einer temporären Arbeitsgruppe „IT macht Schule“, die sich aus Mitgliedern der Verwaltung, der ITC, ~~und~~ der Schulen **und jeweils einer VertreterIn des Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) und des Rechenzentrums der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg** zusammensetzt und deren regelmäßige Treffen offen sind für interessiertes Schulpersonal sowie Mitglieder der Fraktionen. Themen der Arbeitsgruppentreffen sind der Prozess der Umsetzung des IT-Konzepts sowie Bedarfe der Schulen.
2. Das IT-Konzept für kommunale Schulen wird fortlaufend aktualisiert und

12. Bei der Beschaffung von Anwendungssoftware, werden GNU-Lizenzen (GPL, LGPL, AGPL, GFDL) grundsätzlich bevorzugt gegenüber kostenpflichtiger Lizenzsoftware.
13. Der Dienstleister verpflichtet sich innerhalb von zwei Stunden nach einer Serviceanfrage zu reagieren und innerhalb von 24 Stunden montags bis freitags den Servicefall zu bearbeiten. Der Dienstleister verpflichtet sich darüber hinaus, einen Supportdienst montags bis freitags von 7:00 Uhr bis 17:00 einzurichten.
14. Der Dienstleister erstellt für den Schulträger eine Testplattform für neu zu beschaffende Anwendungssoftware, zu der alle LehrerInnen einen freien Zugang erhalten.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Auswertung der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2019/20

Anmerkung: Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

zu 7.2 Schuljahresanfangsstatistik 2019/20

Anmerkung: Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

zu 7.3 Herr Schachtschneider zur auswertigen Sitzung

Herr Schachtschneider informierte, dass die Sitzung des Bildungsausschusses am 05.11.2019 in der Schule am Holzplatz stattfinden soll.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 mündliche Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Stand Schülerratspreis

Herr Eigendorf verlas folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der Umsetzung des o. g. Beschlusses für einen Schülerratspreis?
2. Stehen die 3.000 € für den Schülerratspreis zur Verfügung? Wenn nein, warum nicht?
3. Wenn ja, wann ist mit der Durchführung bzw. Preisverleihung etc. zu rechnen?

Frau Brederlow antwortete, dass derzeit geprüft wird, ob entsprechende zusätzliche Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Sie sagte, dass 6 Bewerbungen eingegangen sind und für Oktober eine Jurysitzung geplant ist. Die Jury entscheidet, welche Projekte eine Auszeichnung erhalten können. Die entsprechenden Schulen erhalten eine Einladung zur Preisverleihung, welche im Dezember stattfinden soll.

zu 8.2 Frau Stahs zur Mülltrennung

Frau Stahs fragte, inwieweit es Planungen zur Umsetzung der Mülltrennung an den Schulen gibt.

zu 8.3 Frau Stahs zur BBS V

Frau Stahs sagte, dass die BBS V Räume benötigt und fragte, ob es Planungen gibt, die Räumlichkeiten der Blindow-Schule zu benutzen.

Frau Dr. Radig sagte, dass die Blindow-Schule eine private Schule war. Der Eigentümer hat den Schulbetrieb eingestellt und die Schule verkauft. Die Schule steht derzeit nicht zum Verkauf.

zu 8.4 Herr Lemberg zu Heilpädagoginnenstellen in Kitas

Herr Lemberg fragte, ob es Zusagen des Landes gibt, 100 Heilpädagoginnenstellen in Halle zu schaffen.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich nicht um Heilpädagoginnenstellen handelt, sondern um zusätzliche Fachkräfte in den Kindertagesstätten. Sie teilte mit, dass der Jugendhilfeausschuss einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Sie sagte zu, dem Bildungsausschuss den Beschluss zur Verfügung zu stellen.

zu 8.5 Herr Lange zum Haushalt

Herr Lange bezog sich auf die Übersicht zu den Einnahmen und Ausgaben der Stadt Halle (Saale) und sagte, dass alle erwarteten Mittel eingenommen wurden. Er merkte an, dass aber auch die Ausgaben größer als erwartet sind. Er bat darum, hinsichtlich des Schülerratspreises nicht mit zu geringen Einnahmen zu argumentieren.

zu 8.6 Herr Lange zum Zustand der Außenanlagen an der Schule am Holzplatz

Herr Lange sagte, dass an der Schule am Holzplatz häufig Sperrungen vorkommen und erfragte den Grund. Er berichtete über Informationen, dass ein Trakt der Schule auf Grund einer defekten Wasserleitung gesperrt werden musste. Er bat um Aufklärung.

Frau Rittwage sagte, dass es vor einigen Wochen einen Wasserrohrbruch gab. Aufgrund der Bau- und Trocknungsarbeiten musste der Trakt für den Unterricht gesperrt werden. Die Bauarbeiten sollen nach den Herbstferien abgeschlossen werden. Sie sagte, dass lediglich auf der Toilette nach den Ferien noch Fliesenarbeiten durchgeführt werden müssen.

Hinsichtlich des Zustands der Außenanlagen sagte sie, dass fortlaufende Pflasterarbeiten auf dem Schulhof durchgeführt werden. Nach den Herbstferien sollen bereits die Pflanzarbeiten begonnen werden.

Herr Lange fragte, ob es durch den Wasserschaden zu Schäden am Mobiliar gekommen ist. Weiter fragte er, ob es zu Einschränkungen in der Raumnutzung gibt.

Herr Lange fragte, ob die Spielgeräte der Außenanlage genutzt werden können.

Frau Rittwage antwortete, dass ein Teil der Spielgeräte bereits freigegeben wurde.

Sie sagte, dass keine Schäden am Mobiliar entstanden sind und keine Einschränkungen in der Raumnutzung bemerkbar waren.

zu 8.7 Herr Slowig zum TOP 7.1

Herr Slowig fragte, wie die Stadtverwaltung die Problematik zu den Losverfahren umgehen möchte.

Frau Brederlow sagte, dass die verschiedenen Varianten in der nächsten Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung erörtert werden sollen. Sie sagte, dass die Stadtverwaltung langfristig das Ziel verfolgt, die Anzahl der Losverfahren zu minimieren.

Frau Dr. Radig informierte, dass ein Gespräch mit dem Landesschulamt sowie Gespräche mit den Schulleitern geplant sind, um die Thematik zu erörtern.

zu 8.8 Frau Dr. Brock zu zusätzlichen Sekretariatsstunden und unbesetzten Stellen

Frau Dr. Brock fragte, wie viele zusätzliche Stellen zum Schuljahresanfang besetzt wurden und wie der zusätzliche Bedarf abgedeckt wird.

Frau Dr. Radig antwortete, dass die Besetzung der vorhandenen offenen Stellen noch nicht abgeschlossen ist. Sie sagte, dass diese zum Jahresende besetzt sein werden.

Sie sagte, dass der Bedarf an zusätzlichen Sekretariatsstunden noch nicht abschließend berechnet wurde.

zu 8.9 Frau Dr. Brock zur Bürgeranfrage zum Thema Klimaschutz

Frau Dr. Brock sagte, dass eine Anwohnerin gemeldet hat, dass die Klassenzimmer am Neuen städtischen Gymnasium nachts beleuchtet sind und fragte nach dem Grund.

zu 8.10 Frau Dr. Brock zu Schülerlotsen an der Grundschule "Frohe Zukunft"

Frau Dr. Brock fragte nach dem Stand zu den Planungen zum Einsatz von Schülerlotsen an der Grundschule „Frohe Zukunft“.

Frau Brederlow sagte, dass derzeit Abstimmungen mit dem Fachbereich Sicherheit laufen. Der Einsatz von Schulbegleitern ist über das Teilhabechancengesetz geplant. Mit dem Jobcenter werden derzeit geeignete Bewerber gesucht. Die Schulbegleiter sollen auch im Unterricht unterstützend tätig sein.

zu 8.11 Frau Dr. Wünscher zur Grundschule Radewell

Frau Dr. Wünscher fragte, wann die Grundschule Radewell neues Mobiliar erhält.

Herr Zeigermann sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.12 Frau Jacobi zur Schuljahresanfangsstatistik

Frau Jacobi fragte, warum es keine Angabe zu Klassenanzahlen bei der KGS "Wilhelm von Humboldt" gibt.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Weiter sagte sie, dass die Schullaufbahnerklärungen für die Aufnahme in die 5. Klasse Schulen irreführend sind.

Frau Dr. Radig sagte, dass das Landesverwaltungsamt die Aufnahmeformulare überarbeitet.

zu 8.13 Herr Schiedung zum Südstadt Gymnasium

Herr Schiedung sagte, dass es einen Wasserschaden im Ausweichquartier des Südstadt-Gymnasiums gegeben haben soll, bei dem das Wasser in den PC-Raum liegt. Unter anderem soll es Probleme mit der Alarmanlage gegeben haben. Er fragte, ob Sachschäden entstanden sind und ob der Raum nach den Herbstferien wieder nutzbar ist.

Frau Dr. Radig sagte, dass nur der Wasserschaden bekannt ist. Die Schäden werden schnellstmöglich beseitigt. Sie sagte, dass Schäden an der Technik nicht bekannt sind. Sie sagte zu den Fehlalarmen im Ausweichquartier eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.14 Herr Schachtschneider zur Stellplatzablöse

Herr Schachtschneider fragte nach dem Stand zur Stellplatzablöse an der Aula der 2. IGS.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Lange zum Stadtelternrat

Herr Lange regte an, dem Vorsitzenden des Stadtelternrates für die Dauer der Wahlperiode ein dauerhaftes Rederecht im öffentlichen Teil des Bildungsausschusses zu erteilen.

zu 9.2 Herr Heym zur Marguerite Friedlaender Gesamtschule

Herr Heym sagte, bezog sich auf den Sichtschutz auf den Herrentoiletten und regte an, die Anschlagpunkte der Toilettentüren zu verändern oder einen Sichtschutz zu den Urinalen anzubringen.

Weitere Anregungen gab es nicht. **Herr Schachtschneider** beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Lisa Paatzsch
Protokollführerin